

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 71 (1991)
Heft: 10

Artikel: Wege in die Freiheit : zum Exodus aus der Knechtschaft des real existierenden Sozialismus : sechs Szenarien aus dem menschheitsgeschichtlichen Erfahrungsschatz
Autor: Nef, Robert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-164915>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Robert Nef

Wege in die Freiheit

Zum Exodus aus der Knechtschaft des real existierenden Sozialismus — Sechs Szenarien aus dem menschheitsgeschichtlichen Erfahrungsschatz

Mit dem Exodus der Sowjetunion aus der Knechtschaft des real existierenden Sozialismus ist in einem welthistorischen Prozess ein weiterer Markstein gesetzt worden. Der Umbruch im ehemaligen Ostblock gehört zu jenen Ereignissen, die auch für politisch wache Zeitgenossen durchaus überraschend kamen, bei denen man sich aber — bei einer sorgfältigen, nachträglichen Analyse — die Frage stellen muss, ob sie nicht doch in der aktuellen Situation die zwingende Folge der gegebenen Voraussetzungen waren. Dass totalitäre Systeme, die ihrem Wesen nach auf die immer aufwendigere und immer unmöglichere Aufrechterhaltung von Lügensystemen angewiesen sind, eine begrenzte Überlebenschance haben, war ebenso bekannt wie die Tatsache, dass zentral verwaltete Kommandowirtschaften letztlich an ihrer mangelnden Lernfähigkeit scheitern müssen. Auch die Erfahrung, dass politische Macht durchaus mit Bajonetten errungen werden kann, dass sich aber auf Bajonetten schlecht sitzen lässt, gehört zu den kaum je bestrittenen historischen Gemeinplätzen.

Aus dieser Sicht war die Politik von «Glasnost» und «Perestrojka» der Anfang vom Ende des Sowjetkommunismus, obwohl sie eigentlich eine Strategie zu seinem Fortbestand sein sollte. «Öffentlichkeit des Öffentlichen» und «Veränderung» sind politische Prinzipien, die sich durch keine Mauer für immer zurückstauen lassen. Was gelegentlich als politische Pionierleistung mit historischen Dimensionen gedeutet wird, ist also nichts anderes als eine — sehr späte — Kapitulation vor den tatsächlichen Auswirkungen einer pluralistischen, weltweit vernetzten technischen Zivilisation. In einer solchen Informationsgesellschaft kann die Kommunikation auf die Dauer nicht mehr unter totaler politischer Kontrolle gehalten werden. Die Öffnung war daher eher ein Zusammenbrechen der Gegenkräfte gegenüber längst vorhandenen aufgestauten Bedürfnissen, als ein Bahnbrechen neuer Ideen. Zunächst manifestierte sich die Forderung nach Reisefreiheit und Ausreiseerlaubnis, welche dann die Durchlöcherung des «Eisernen Vorhangs» in Ungarn und schliesslich den Fall der Berliner Mauer bewirkte. Beide Prozesse, die innere und die äussere Öffnung von realitätsstauenden Mauern haben die jetzige Situation des Aufbruchs ermöglicht.

All jenen, die das Scheitern des sozialistischen Experiments am eigenen Leib erlebt haben, ist nicht zu verargen, wenn sie nun nach der Öffnung mit Ungeduld auf das «gelobte Land» hoffen, in dem «Milch und Honig fließen». Das Ziel wird wohl allgemein idealisiert, und der Weg und die Anstrengungen, die er verlangt, werden demgegenüber unterschätzt. Sicher nimmt aber die Frage nach dem schnellsten und besten Weg zu Recht eine zentrale Stellung ein.

Ein Teil der Betroffenen mag in der Auswanderung den schnellsten und direktesten Weg sehen, obwohl er mit beachtlichen Risiken und mit grossen persönlichen Opfern verbunden ist. Andere — hoffentlich ist es eine grosse Mehrheit — wollen ihre Heimat nicht verlassen. Für sie stellt sich die Frage nach dem besten *politischen* Weg für den Exodus aus den Trümmern des Systems der Unterdrückung und des Mangels.

Soll man auf diese Frage mit dem Gemeinplatz antworten, es gebe für historische Umwälzungen keine Rezepte, und es müsse nun der harte Weg des Suchens und Irrens eigenständig und ohne fremde Hilfe beschritten werden? Diese Antwort ist in verschiedenster Hinsicht unbefriedigend. Einmal sind «Aufbruch und Wende» nicht nur eine Angelegenheit der direkt Beteiligten. Sie betreffen auch die Bürger der «gelobten Länder», die mögliche Ziele eines Exodus sind. Sie alle haben ein vitales Interesse daran, dass ein Auszug nicht allgemein tatsächlich und räumlich vollzogen wird. Der Exodus soll als Systemwechsel stattfinden und nicht als Völkerwanderung.

Damit stellt sich ein zweites Mal die Frage nach dem geeigneten Weg, und zwar vor dem Hintergrund handfester westeuropäischer Eigeninteressen. Die Suche nach Modellen und historischen Erfahrungen sollte nicht zu früh aufgegeben werden. Brauchbare Hinweise dazu finden sich allenfalls bei den Klassikern der Ökonomie, Staatstheorie und Politologie. Solche Texte sind allerdings für Praktiker nicht ohne weiteres verständlich und auch nicht direkt anwendbar. Häufig lassen sie den Leser genau dort im Stich, wo er gerne Genaueres wüsste. Etwas anschaulicher und allgemein zugänglicher ist das «Lehrbuch der Geschichte», in dem auch der Laie mit Gewinn blättert und liest. Es hat auch den Vorteil, dass es über tatsächliche Erfolge und Misserfolge Auskunft gibt, allerdings ohne zeitlos gültige Begründungen und Bewertungen...

Nach einem Wort von *Jacob Burckhardt* kann man zwar aus der Geschichte nie «*klug für ein andermal*» werden, wohl aber «*weise für immer*», wobei die Erwartungen nicht zu hoch angesetzt werden dürfen. Wir sind also alle eingeladen, unter dem Stichwort «Systemwechsel» nach dem zu suchen, was im Fundus historischer Erfahrungen an Weisheit darüber gespeichert sein könnte.

Eine wichtige Erkenntnis besteht wohl darin, dass die Ausgangspunkte für die einzelnen Staaten des ehemaligen Ostblocks sehr verschieden sind, und dass es darum verfehlt ist, nach einem einzigen und einzig richtigen Weg zu suchen. Vor allem die ehemalige DDR, die ihren Exodus unter dem Motto «Wiedervereinigung» bzw. «Zusammenwachsen» antritt, hat gewissermaßen zwei welthistorische Probleme — «Revolution» und «Integration» — in einem Zug zu bewältigen. Der ungeheure Zeitdruck ist dabei gleichzeitig eine Gefahr und eine Chance. Es ist zu hoffen, dass wir am Ende dieses Jahrtausends nicht nur vom deutschen «Wirtschaftswunder», sondern auch vom deutschen «Vereinigungswunder» werden reden können, und dass wir damit nicht nur ein Tempo, sondern auch eine politisch-wirtschaftliche Qualität ansprechen.

Die in der Folge angestellten Überlegungen betreffen in erster Linie das historische Thema «Systemwechsel» und «Überwindung des nach-revolutionären Chaos».

Ein weiteres «welthistorisches Thema», das zum aktualisierenden Vergleich herausfordert, die «Entkolonialisierung», bzw. die «Liquidation eines Imperiums», wird im folgenden nicht untersucht, obwohl eine solche Deutung naheliegt und sicher interessante Perspektiven eröffnen würde.

Das «iberische Modell»

Stichwort: «Ent-Totalisierung»

Für den Exodus aus mehr oder weniger autoritären politischen Systemen könnte in jüngerer Zeit auf die Erfahrung in Spanien und Portugal verwiesen werden. Beide Länder haben in den letzten Jahren den Anschluss an die rechtsstaatliche Demokratie und an eine auf- und ausbaufähige soziale Marktwirtschaft gefunden. Der Wandel ging schrittweise und nicht ohne Opfer und Rückfälle vor sich, und er ist wohl auch noch nicht völlig abgeschlossen. Entscheidend waren für beide Staaten glaubwürdige und charismatische Führerpersönlichkeiten, welche während der verschiedenen ökonomischen und politischen Durststrecken im Volk Hoffnung, Mut, Geduld und Vertrauen weckten und aufrechterhielten und doch den damit verbundenen Versuchungen des persönlichen Machtgewinns nicht erlegen sind. «*Servir et disparaître*» lautet der ebenso erfolgreiche wie schwer erfüllbare diesbezügliche Führungsgrundsatz als mögliche Lehre aus dem «iberischen Modell». (Der spanische König ist zwar nicht von der Bildfläche verschwunden, er hat aber seine politische Führungsrolle selber radikal eingeschränkt.)

Nicht zu unterschätzen ist auch der Stellenwert der Stützung dieser Experimente durch internationale Wirtschaftshilfe und Investitionsbereitschaft, die in einem subtilen Spannungsverhältnis zu eigenständigen Anstrengungen stehen und bei denen sowohl ein Zuwenig als auch ein Zuviel (vor allem letzteres) verheerende Folgen haben kann.

Die Grenzen dieses Modells als Erfahrungsspeicher liegen vor allem darin, dass weder die Franco- noch die Salazar-Diktatur eine totalitäre sozialistische Wirtschaftsplanung praktiziert haben, so dass diesbezüglich an bereits vorhandene marktwirtschaftliche Strukturen und Infrastrukturen angeknüpft werden konnte.

Solche Infrastrukturen fehlen aber auch in Osteuropa nicht ganz. Sie haben — glücklicherweise — als Schattenwirtschaft und Schwarzmarkt überlebt und damit — leider — zur Verlängerung der Agonie der Planwirtschaft beigetragen.

Das «Erhard-Adenauer-Marshall-Modell»

Stichwort: «Wirtschaftswunder»

Auch nach dem Zusammenbruch von Nazideutschland, der durch die Alliierten erkämpft worden ist, stellte sich die Frage nach dem «Weg aus der Knechtschaft». Es kann und soll im folgenden nicht das «Wirtschaftswunder» als wirtschaftlicher und politischer Aufstieg der Bundesrepublik Deutschland historisch nachgezeichnet und gedeutet werden. Das Beispiel ist zwar naheliegend, aber die Parallelen mit der heutigen Situation im ehemaligen Ostblock dürfen nicht überschätzt werden. Wer heute einfach einen Mega-Marshallplan fordert, unterschätzt wohl die Komplexität der Probleme und überschätzt die Möglichkeiten der «Hilfe durch Geld».

Dass sich die Bezeichnung «Wirtschaftswunder» eingebürgert hat, ist wohl ein deutliches Zeichen für eine gewisse historische Einmaligkeit. Wunder pflegen sich bekanntlich nicht zu wiederholen, und sie lassen sich auch nicht planen und nachvollziehen. Trotzdem sind die Erfahrungen des bundesdeutschen Wiederaufstiegs für die ehemaligen Ostblockstaaten nicht einfach wertlos. Beachtung verdient die Tatsache, dass es für die entscheidende Währungsreform keinen «tragenden Konsens» unter den damaligen Volksvertretern gab, und dass das Volk gewissermassen gegen seinen erklärten Willen in jenes Experiment hineingestossen wurde, das sich im nachhinein so schnell als erfolgreich erweisen sollte. Man darf nicht vergessen, dass die freie Marktwirtschaft als Theorie damals unter Fachleuten keine unbestrittene Position hatte, und dass ihre brillanten Vertreter

(unter anderen *F.A. von Hayek*, *W. Röpke*, *W. Eucken* und *L. von Mises*) zum Teil als weltfremde und überholte Aussenseiter galten. Die Demokratie hat nicht den Markt hervorgebracht, sondern der rechtsstaatlich geordnete Markt die Demokratie.

Pikant und lehrreich ist vielleicht auch das heute kaum mehr beachtete Detail, dass *Ludwig Erhard* unter anderem Schüler des unorthodoxen Marxisten *Franz Oppenheimer* war. Oppenheimer vertrat einen konsequenten Anti-Etatismus¹. Das politische System war für ihn ein *Überbleibsel aus Zeiten der Eroberung und Unterdrückung*. Oppenheimers Forderung nach «weniger Staatsapparat» könnte auch für den heutigen Exodus aus gescheiterten Systemen eine Schlüsselrolle spielen. Der starke, aber schlanke Rechtsstaat ist der bessere «Weg in die Freiheit» als die populistisch wuchernde Demokratie — mehr Liberalisierung, weniger Demokratisierung, könnte die Devise sein.

Das Entscheidende am «Wirtschaftswunder» war vielleicht gerade jene praktische «Verifizierung durch Erfolg» der auf dem Markt aufbauenden ökonomischen Theorien. Deren Gegenstück, die Theorie der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft, hat sich nun, 50 (bzw. 70) Jahre später, in langen und leidvollen Experimenten durch Misserfolg praktisch diskreditiert.

Über die Einführung der Marktwirtschaft ist am Anfang des «Wirtschaftswunders» eher ökonomisch als politisch abgestimmt worden, und der ausserordentlich rasch spürbare Erfolg hat dann die breite politische Zustimmung nachträglich ausgelöst. Was bei einer etwas längeren «Durststrecke» politisch passiert wäre, lässt sich nicht rekonstruieren.

Das Tempo war vielleicht eine Komponente des «Wunders». Entscheidend bleibt, dass jenes erfolgreiche Experiment primär als eine *Eigenleistung* erlebt und gedeutet wurde und nicht als Folge eines «Hilfsprogramms» der Siegermächte.

Das «Code-civil-Modell»

Stichwort: «Privatrechtsgesellschaft»

Die Umwälzungen im ehemaligen Ostblock werden mit guten Gründen als Revolution gedeutet. Das feudalismus-ähnliche «ancien régime» des real existierenden Sozialismus ist in vielfältiger Art und Weise beseitigt worden — mit Ausnahme von Rumänien und Jugoslawien — ohne Blutvergiessen. Welche Wege führen nun nach dieser gewaltlosen Revolution vom feudalistischen Staatssozialismus zur bürgerlich-marktwirtschaftlichen Ordnung?

Die äusserst gewaltsame Französische Revolution ist nur sehr bedingt mit den heutigen Umwälzungen vergleichbar. Immerhin gibt es wichtige Berührungspunkte und — auch hier — brauchbare Lehren.

Die Abschaffung bzw. Auflösung der alten Ordnung hinterliess ein Chaos. Vor allem die Eigentumsfrage war nach der Entfeudalisierung und Säkularisierung zunächst ungelöst — man stand vor dem Problem der Privatisierung.

Zwei Strategien kennzeichnen die Politik *Napoleon Bonapartes*: die Flucht aus den Sackgassen innenpolitischer Probleme in die aussenpolitische Expansion und die Etablierung einer neuen bürgerlichen Ordnung auf der Basis des Privatrechts.

Das totalitäre Überspielen der nachrevolutionären inneren Zerrissenheit durch den Export der Revolution und im gemeinsamen Kampf gegen äussere Feinde brachte seinem Regime zwar den benötigten Popularitätsschub, aber es trug auch den Keim des Scheiterns in sich. In der heutigen Situation kann diese aggressive nationalistische Strategie höchstens noch als abschreckendes Modell dienen. Jede nationale Einigung und jeder Systemwechsel, der auf Kosten irgendwelcher Sündenböcke erfolgt, ist gleichzeitig verwerflich und unstabil.

Interessanter ist die Art und Weise, wie er sich mit der Kirche aussöhnte, indem er ihren Fortbestand im Rahmen der Glaubensfreiheit gewährleistete, ohne die Säkularisation der Klöster und Kirchengüter rückgängig zu machen.

Die bleibende Errungenschaft der nachrevolutionären Zeit ist aber der Aufbau einer zivilen Rechtsordnung. Sie ist in der heutigen Situation sehr bedenkenswert und nach wie vor modellhaft. Es war wohl nicht allein die neue Staatsverfassung, welche nach der Revolution den Grund zu einer neuen bürgerlichen und marktwirtschaftlichen Ordnung legte und das Chaos beendete, sondern auch der «*Code Napoléon*». Dieser wurde von Napoléon (d.h. von den Juristen, die er einsetzte) nicht neu geschaffen, sondern in Anknüpfung an vorhandene römisch-rechtliche und gemeinrechtliche Traditionen innoviert, renoviert und restauriert.

Die Privatrechtsordnung ist ihrem Wesen nach eine Friedensordnung, in welcher die Idee des Friedens gegenüber der Utopie der Verteilungsgerechtigkeit Vorrang hat. An dieser Einführung und Wiedereinführung des Privatrechts und Privateigentums und der Verabschiedung des Gleichheitsideals liegt heute sehr viel. Es ist wohl ein lohnendes und keineswegs überflüssiges Unterfangen, das Modell der Einführung und Implementierung des «*code civil*» und der Zivilgerichtsbarkeit zu studieren und dessen Anwendbarkeit auf eine heutigen Situation zu überprüfen. Das Privatrecht ist aufgrund seiner Struktur auf die *Selbsterzeugung von Vertrauen* ausgerichtet, und nichts ist in der heutigen Situation notwendiger als ein neues

Fundament von «Treu und Glauben» und ein Sachenrecht, welches Eigentum verlässlich definiert. Unsere *Privatrechtsordnung* ist ein historisch gewachsenes Kulturgut ersten Ranges; sie verkörpert die gesellschaftliche Entwicklung, welche vom Gewaltprinzip zum Vertragsprinzip geführt hat und weiterhin führt.

Persönlichkeit, Selbstorganisation, Konsensehe, Familie und Erbrecht, Eigentum, Vertrag, Verantwortlichkeit, organisierte Kooperation, Geld- und Kreditwesen sind alles Marksteine auf dem *Weg von der Gewalt zum Vertrag* — der liberale Weg, der gleichzeitig auch die liberalen Ziele enthält. Dieser Weg bildet keine Gerade, sondern eine Spirale, bei der immer wieder alle Bereiche in neuen Zusammenhängen und Spannungsfeldern auftauchen. Das Eigentum der natürlichen Person bleibt beispielsweise stets mit dem Erbrecht und damit — wenigstens zum Teil — mit der Institution der Familie verknüpft.

Die Institute des Privatrechts garantieren wegen der inhärenten Widersprüche keine automatische Konfliktfreiheit. Sie basieren von ihrer Entstehungsgeschichte her nicht auf dem politisch konfliktträchtigen Gedanken der Verteilungsgerechtigkeit, sondern auf dem Prinzip der flexiblen Handhabung eines *Friedensschlusses* nach dem Verzicht auf Gewaltanwendung.

Napoleons Ordnungs-Strategie für die Überwindung des Revolutions-Chaos war gleichzeitig aggressiv-expansiv (Aussenpolitik) und konservativ-restaurativ (Kulturpolitik). Seine im Effekt freiheitsfeindliche, masslose europäische Machtpolitik überschattet seinen innenpolitisch konstruktiven Beitrag bei der Kodifikation des bürgerlichen Rechts, bei der Aussöhnung mit der Kirche und bei der Etablierung einer Privatrechtsgesellschaft.

Das «Calvin-Modell»

Stichwort: «Reformation»

Auf der Suche nach historischen Beispielen für folgenreiche und in mancherlei Hinsicht sicher auch erfolgreiche Reformen und Systemwechsel gelangt man notwendigerweise zur Reformation. Insbesondere der Calvinismus bedeutete nicht nur in religiöser Hinsicht eine radikale Umwandlung. Nach der — nicht unbestrittenen — These von *Max Weber* steht *Calvins* Lehre auch am Anfang jenes ökonomischen und sozialen Prozesses der *Säkularisierung* und der *Rationalisierung*, welcher den modernen *Kapitalismus* hervorgebracht hat.

Der im ehemaligen Ostblock stattfindende Reformprozess kann mit guten Gründen ebenfalls als Säkularisierung der sich auf *Marx*, *Lenin* und *Stalin* berufenden «Religion» des kommunistischen Sozialismus gedeutet

werden. Zahlreiche seiner Anhänger haben in den letzten Jahren jene Glaubenskrisen durchgemacht, die mit der Abkehr vom allgemeinverbindlichen «rechten Glauben» und mit dem Austritt aus der Partei als seiner «Kirche» durchaus vergleichbar sind. Aufgrund seiner Deutung des Zusammenhangs von Calvinismus und Kapitalismus ist *Max Weber* auch zur klassisch gewordenen geistesgeschichtlichen Gegenposition zum historischen und dialektischen Materialismus gelangt²: Nicht das (ökonomische, materielle) Sein bestimmt das (gesellschaftliche und politische) Bewusstsein, sondern das Bewusstsein bestimmt das Sein: Mit Ideen und Überzeugungen kann also die Realität massgeblich beeinflusst werden. *Václav Havel* hat davon nicht nur gesprochen, er beweist es auch durch sein Vorbild.

Die aktuelle ideengeschichtliche Bedeutung dieser fundamentalen Überzeugung für das Funktionieren einer freiheitlichen Demokratie und einer Marktwirtschaft kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. Der Mensch wird dadurch zu einem Wesen, das zur willentlichen ethischen Anstrengung, zur ökonomischen und sozialen Leistung und zu selbstbestimmter Askese befähigt ist und sich frei dafür entscheiden kann. Leistung und Verzicht sind aus dieser Perspektive keine magischen Mittel der Heilsuche im Hinblick auf ein Jenseits, und auch keine individuelle Vollstreckungshilfen im Rahmen eines historisch gesetzmässigen Prozesses mit der Verheissung diesseitigen zukünftigen, kollektiven Glücks. Das sind bittere Wahrheiten, die beim Zusammenbruch jedes alten Glaubens erkennbar werden. Säkularisierung bedeutet immer auch Enttäuschung. In diesem Zustand der Enttäuschung wachsen die beiden grossen, einander entgegengesetzten ethischen Bedrohungen des resignierenden Menschen: der Mangel an Vertrauen und das Übermass an Vertrauen³. Das calvinistisch-puritanische Mittel dagegen heisst Leistungsprinzip und Lernprinzip: *Erziehung zur Arbeit, zur Verantwortung und zur Verzichtsbereitschaft; Bildung und Arbeitskultur* als bestimmende Grössen für Wirtschaft und Politik. Die an Calvin orientierten Puritaner predigten ihren Anhängern zur Überwindung aller Formen der Resignation den Wert der persönlichen Arbeit als Quelle des ausgewogenen Selbst- und Gottvertrauens. So heisst es etwa bei *John Baxter*: «Gott erhält uns zum Handeln und für unsere Tätigkeiten. Arbeiten ist das moralische und natürliche Ziel» sowie «für Gott dürft ihr arbeiten, um reich zu sein».

Arbeit wird aus dieser Sicht zu jener Praxis der auf Gott und den Nächsten bezogenen erlaubten und gebotenen Selbstliebe.

Die ethischen Forderungen nach wirtschaftlicher Eigenleistung und nach persönlichem Sparwillen sind in einer technisch-zivilisierten Konsumkultur ebenso notwendig wie unpopulär. Beliebter ist in Ost und West die hedonistische Forderung nach «Brot und Spielen», die im Rahmen

eines wohlfahrtsstaatlichen Systems möglichst ohne persönliche Opfer — und «subito» — an möglichst viele Nutzniesser verteilt und umverteilt werden sollen.

Der real existierende Sozialismus hat die Appelle zu Leistung und Verzicht als Begleiterscheinung der «Durststrecke» zum klassenlosen Paradies derart strapaziert und diskreditiert, dass die individuelle Frustrationstoleranz im Hinblick auf gemeinsame Ziele sehr klein geworden ist. Die Ideologie, welche Solidarität predigte und verhieß, hat diese bis auf kleine, aber heute entscheidende Restbestände aufgebraucht und zerstört. Um so wichtiger ist es heute beim Aufbau einer funktionierenden Markt- und Geldwirtschaft, die simple wie unpopuläre Tatsache in Erinnerung zu rufen, dass es ohne Fleiss keinen Preis gibt. Es geht um den Versuch einer Anknüpfung an die noch vorhandene ethisch motivierte Leistungs- und Verzichtsbereitschaft und um deren Neu- und Wiederbelebung. Dass dabei auch individuelle Eigeninteressen eine Rolle spielen dürfen und sollen, erhöht die Chancen dieses Modells.

Das sogenannte «Calvin-Modell» kann heute als Leitidee in der Ausdeutung von Max Weber unabhängig von seiner theologischen Verankerung in der Prädestinationslehre und auch unabhängig von konfessionellen Vorstellungen und kirchlichen Gruppierungen allgemein wegweisend sein. Wie der französische Historiker *Fernand Braudel*⁴ aufgezeigt hat, sind idealistische Konzeptionen durchaus auch mit materialistischen Komponenten dialektisch zu verbinden.

Es gibt die Möglichkeit einer kombinierten idealistischen und materialistischen Geschichts- und Lebensauffassung. Die Idee der Freiheit und Selbstverantwortung soll auch für jene akzeptabel sein, die an metaphysische, biologische oder historisch sozio-kulturelle totale oder partielle Vorausbestimmtheit des Menschen glauben. «Sein» und «Bewusstsein», Materie und Geist wirken gegenseitig aufeinander ein, und verschiedene Vorstellungen über «letzte Fragen» verhindern einen Konsens über Zweitletztes keineswegs. Sie können koexistieren und einander wechselseitig positiv beeinflussen. Darin liegen die Chancen des ideologischen Pluralismus und der Glaubens- und Gewissensfreiheit.

Es ist vielleicht nicht überflüssig zu sagen, dass *Calvin* und auch die anderen Reformatoren nicht im entferntesten daran gedacht haben, den Kapitalismus zu begründen oder zu rechtfertigen. Im Gegenteil — insbesondere bei *Luther* — finden sich zahlreiche Hinweise auf eine grundsätzliche Kritik an der damaligen Geldwirtschaft.

Aber vielleicht gehört es zu den Geheimnissen ihres Funktionierens, dass ihrer Tendenz zur *Selbstzerstörung* dauernd mit konstruktiver Kritik entgegengewirkt wird, sowie auch mit dem Hinweis auf die Bedeutung jener ethischen Werte, die jenseits von Angebot und Nachfrage liegen.

Diese Erfahrung ist eine überkonfessionelle Errungenschaft, welche die Reformation und die katholische Reform gemeinsam vermittelt haben.

Das hier beschriebene Modell ist also durchaus nicht konfessionell zu verstehen.

Das «Moses-Modell»

Stichwort: «Exodus»

Mit dem Begriff Exodus wird an den Auszug des «Volks Israel» aus Ägypten unter der Führung von *Moses* angeknüpft. Es ist dies «der menschheitsgeschichtliche Exodus» aus der Knechtschaft in die Freiheit schlechthin. *Thomas Jefferson* soll deshalb seinerzeit die Durchschreitung des Roten Meeres durch die Kinder Israels als Symbol für die Flagge der Vereinigten Staaten vorgeschlagen haben⁵.

Der Aufbruch, welcher die eigentliche Auswanderung, die Entbehrungen und Lernprozesse der Wanderschaft durch die Wüste, den Bund mit Gott am Sinai und schliesslich die Inbesitznahme des «Gelobten Landes» umfasst, ist im 2. Buch Mose beschrieben, das allerdings nicht als Geschichtsquelle im modernen Sinn angesprochen werden kann.

Dieser Text enthält aber derart viel an historisch-anthropologisch interessanten und an aktuell interpretierbaren Erfahrungen, dass hier — losgelöst vom religiösen Gehalt im engeren Sinn — das Wagnis einer aktualisierenden Deutung unternommen werden soll, welche an die grosse Zahl von bisherigen Interpretationen und Fehlinterpretationen anschliesst. Diese Deutung erfolgt aus persönlicher Sicht und speziell im Hinblick auf die Problemlage beim Auszug aus der Knechtschaft des real existierenden Sozialismus. Sie beschränkt sich auf die «Zehn Gebote». Andere Passagen sind aber unter dem hier gewählten Aspekt ebenfalls höchst interessant, etwa der Kollektivierungsversuch des privaten Schmuckgoldes, der «Tanz ums goldene Kalb» und dessen «Reprivatisierung» durch Pulverisierung und Vermischung mit dem Trinkwasser. Sowohl der Ausbruch aus einer real existierenden und damit bekannten Situation als auch der Aufbruch zu neuen, teilweise unbekannten Zielen, ist notwendigerweise mit Hoffnungen und mit Ängsten verbunden. Der Weg aus der ägyptischen Knechtschaft ins Gelobte Land führte durch eine Wüste der Not und der Entbehrungen, und er dauerte mehr als eine Generation. *Moses*, der geistige Führer des Exodus, wird uns weder als König bzw. als politischer Stammesfürst noch als Priester oder religiöses Oberhaupt geschildert. Er ist in erster Linie ein *Vermittler* zwischen einer Glaubensüberzeugung und einer gesellschaftlich-wirtschaftlichen Realität: Als — übrigens nicht durchwegs

erfolgreicher — Kommunikator, wie man heute sagen würde, hatte er einen gemeinsamen Grundkonsens zu schaffen. Seine Botschaft war der Monotheismus und die damit verknüpfte Kernidee des *Bündnisses*. Er brachte die Eid-Genossenschaft zwischen Gott und seinem Volk zustande. Damit hat er jenes hohe Gut vermittelt und vermehrt, das im Chaos jedes Aufbruchs am knappsten ist: das Vertrauen. Er hat Vertrauen geschaffen, ohne allerdings alles Misstrauen auszuräumen. Das methodisch und inhaltlich nach wie vor höchst aktuelle vertrauensbildende Mittel waren die Zehn Gebote, jene Verfassungsgrundsätze, welche als Bedingungen Gottes an seine Verbündeten überliefert worden sind.

Das erste Gebot, «*Du sollst keine anderen Götter neben mir haben*», sieht auf den ersten Blick «pluralismus-feindlich» und doktrinär aus. Es erinnert an «den einen und einzig richtigen Weg» und an «die eine und einzige ewige Wahrheit und Gerechtigkeit», die es gemeinsam und zwingend verbindlich zu glauben gilt.

Aus dieser Sicht wäre das erste Gebot völlig ungeeignet, um den befreienden Weg aus den Dogmen des Marxismus-Leninismus-Stalinismus zu eröffnen. Dieses erste Gebot kann aber erst in Verbindung mit dem zweiten Gebot verstanden werden, mit dem *Bildnisverbot*, das unter anderem auch die Gefahr eines neuen Dogmatismus bannt und den Weg zum Pluralismus und Individualismus öffnet.

Eines der grossen menschheitsgeschichtlichen Verdienste des personenbezogenen Monotheismus ist vielleicht — so paradox dies tönt — die prinzipielle Ermöglichung des Zweifels und des Atheismus. Die Öffnung individueller Wege zu einem individuellen Gottesverständnis ermöglicht auch den Schritt der Ablehnung als radikale Antwort auf Zweifel. Das von christlichen Inquisitoren und Ketzerverbrennern am meisten missverstandene und verletzte Gebot ist das Bildnisverbot als absolute Schranke für die allgemeinverbindliche Dogmatisierung persönlicher Glaubensinhalte. Der «eine lebendige Gott» darf nicht durch ein menschliches Fixieren an Dogmen zum Schweigen gebracht werden, und die Dialektik des inneren und äusseren Diskurses um letzte Fragen soll nicht durch ein endgültiges totes Symbol oder Idol unterbrochen sein. Dass sich «der lebendige Gott» als Bündnispartner ganzheitlich ewig und als Einheit zu erkennen gibt, schafft erst die Basis des Vertrauens, und die Voraussetzung für ein persönliches individuelles und vielfältiges Gottesverständnis, welches auch Skepsis und Verneinung — das Hadern mit Gott — zulässt, ohne dass Zweifler und Ungläubige aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden müssten.

Das erste und das zweite Gebot begründen das *Prinzip der Treue* als Basis sozialen Verhaltens und das *Prinzip der lebendigen Vielfalt* als Basis individuellen Bekenkens.

Beide Prinzipien sind in der Exodus-Situation kollektiv und individuell überlebenswichtig. Über das Prinzip der Treue hat der polnisch-englische Dichter *Joseph Conrad*, der selber erlebt hat, was «Exodus» bedeutet, in seinen Erinnerungen folgendes geäußert:

«Wer mich gelesen hat, kennt meine Überzeugung, dass die Welt, die vergängliche Welt, auf einigen wenigen, sehr einfachen Gedanken ruht, Gedanken von einer solchen Einfachheit, dass sie so alt sein müssen wie die Berge. Sie ruht unter anderem sehr merklich auf dem Gedanken der Treue»⁶.

Beim dritten Gebot, *«Du sollst den Namen deines Gottes nicht missbrauchen»*, ist vor allem an die Gefahren des neuen Aberglaubens und des auf magische Praktiken abgestützten Sektierertums aller Arten zu denken.

Die Abkehr vom sozialistischen Materialismus könnte allenfalls zu neuen kollektiven und wahnhaften totalitären religiösen Gruppierungen führen. Das dritte Gebot versucht diese Gefahr zu bannen.

Im vierten Gebot der Sabbatheiligung ist vielleicht ein Hinweis auf die Grenzen des Leistungsprinzips (und der calvinistischen Leistungsethik) enthalten und auf die Bedeutung von Musse, Fest und Feier, Tradition und Geselligkeit und auf den ganzen seelisch-geistig-kulturellen Bereich «jenseits von Angebot und Nachfrage» und jenseits des Kampfs um die materielle Existenz. Das Gebot richtet sich natürlich vor allem auch an westliche «workaholics», und es enthält vielleicht für manchen, welcher der verlorenen Gemütlichkeit planwirtschaftlicher Ineffizienz nachtrauert, einen gewissen Trost. Es geht bei diesem Gebot nicht um eine untergeordnete Kontroll-Vorschrift über die zeitliche Arbeitsorganisation, sondern um ein fundamentales Prinzip, das auf eine hohe Stufe der Werthierarchie gehört.

Vom fünften Gebot, *«Du sollst Vater und Mutter ehren»*, hängt der Fortbestand einer Gesellschaftsordnung ab. Es ist die Basis des Generationenvertrags, der nicht nur den engeren Kreis der Familie betrifft, aber doch auf diesem aufbaut. Entscheidend ist, dass mit dem Begriff «ehren» durchaus mehr gemeint ist, als nur die finanzielle Versorgung, durch kollektiv erarbeitete Renten. Die persönliche Rücksichtnahme und die menschliche Sorge sind ein wesentlicher Bestandteil der Lebensqualität älterer Menschen. Die wirtschaftliche und soziale Sicherheit der Eltern und Älteren (die Rentenfrage, aber auch die menschliche Rücksichtnahme) ist eines der grossen praktisch zu lösenden Probleme beim Exodus aus dem real existierenden Sozialismus. Es gehört auch heute und gerade heute zu den entscheidenden Traktanden.

Bei den folgenden Geboten sechs bis neun geht es um das Verbot des Mordes, des Ehebruchs, des Diebstahls und der Verleumdung. Der aktuelle Gehalt in der heutigen Exodus-Situation unterscheidet sich nicht signifikant vom allgemeinen und überzeitlichen Gehalt der Menschenrechte. Es soll in diesem Zusammenhang noch einmal der hohe Stellenwert des Zivil-

rechts und des zivilrechtlichen Vertrauens- und Eigentumsschutzes in Erinnerung gerufen werden, der unter dem «*Code-civil-Modell*» dargestellt worden ist.

Das wirklich Entscheidende und für den Erfolg oder Misserfolg dieses Exodus in eine marktwirtschaftliche Ordnung ist wohl das zehnte Gebot, das *einen dringenden Appell zum Verzicht auf alle Arten des Neides enthält*.

Der Sozialismus ist auf Grund seines klassenkämpferischen Gleichheitspostulats mit gewissem Recht schon als «Philosophie des Neides» charakterisiert worden.

Beim Übergang zur Marktwirtschaft ist es sowohl unvermeidlich als auch notwendig, dass grosse Einkommens- und Vermögensunterschiede entstehen. Wird eine an die «Gleichheit im Mangel» gewöhnte Bevölkerung diese Ungleichheiten sozial- und individualpsychologisch verkraften? Nicht dass Ungleichheit in Vermögen und Einkommen in den ehemaligen Ostblockstaaten etwas Neues wäre. Mit Empörung wurden und werden heute die Vermögensverhältnisse der ehemaligen «Nomenklatura» enthüllt. Aber bald werden erfolgreiche Geschäftsleute und Mitbürger ebenfalls über überdurchschnittliche Einkommen und Vermögen verfügen, und das ist eine latente Gefahr für den sozialen Frieden und für den Fortbestand des gemeinsamen Glaubens an eine soziale und ökologische Marktwirtschaft.

Während die durch ausserordentliche Arbeitsleistung erworbenen ausserordentlichen Einkünfte mehrheitlich als «gerechter Lohn» durchaus noch toleriert werden, stösst die Akzeptanz von hohen Kursgewinnen oder von Erträgen aus der sogenannten Spekulation schnell einmal an ihre Grenzen — übrigens auch in durchaus «marktwirtschaftsgewohnten» Verhältnissen. Solche Gewinne gelten gerade für puritanisch-leistungsorientierte Wettbewerbsteilnehmer als «unverdient». Trotzdem gehören sie notwendigerweise zum Kapitalismus. Sie sind gewissermassen ein Bestandteil seines «Systempreises», der in Form von Ungleichheit zu bezahlen ist, was häufig als «sozial ungerecht» empfunden wird.

Nach dem Grundsatz «*pour vivre bien vivons cachés*» haben erfolgreiche Kapitalisten darum immer wieder versucht, solche Herausforderungen der Ungleichheit nicht zu strapazieren und einen Lebensstil zu praktizieren, der einerseits soziale Provokation vermeidet und andererseits zur freiwilligen Unterstützung sozialer und kultureller Anliegen bereit ist. Ob wohl die neue Klasse der wirtschaftlich Erfolgreichen diese überlebenswichtigen Klugheitsregeln rechtzeitig wahrnehmen wird?

Das kurz und prägnant gefasste zehnte Gebot ist der Prüfstein für die Aufrechterhaltung einer sozialen Friedensordnung.

In der gemeinsamen Not der Knechtschaft sind alle Betroffenen gleich. Die Neid- und Rachegefühle richten sich nicht gegen ihresgleichen, son-

dern gegen das verhasste Regime. Nach gemeinsam durchgestandener Not und nach gemeinsamem Umherirren in der Wüste folgt der Einzug ins (vielleicht allzu hoch) gelobte Land der Marktwirtschaft, in dem die Vielfalt der Einkommens- und Eigentumsverhältnisse schnell einmal zu grossen Unterschieden führt — selbst wenn es *allen* — auch den Ärmsten — besser geht...

Wenn durch Steuern und «Umverteilung» gleich alle Einkommens- und Vermögensunterschiede zwangsweise zum Verschwinden gebracht werden, zerstört der Staat nicht nur die Vermögensbildung und das neue eigenständige Investitionspotential, sondern auch die sozial überlebenswichtigen Anreize zur Eigenleistung und zum Sparen als Verzicht im Hinblick auf selbstbestimmte Ziele.

An diesem Punkt muss sich das gemeinsame Vertrauen bewähren: *Der gemeinsame Friede im Wettbewerb des Marktes muss vor der gemeinsamen Realisierung einer ausgleichenden Gerechtigkeit generell den Vorrang haben.* Das Mittel dazu ist der Verzicht auf Neid und das Akzeptieren von Unterschieden einerseits, sowie der Verzicht auf Missbrauch wirtschaftlicher Macht und die Bereitschaft zum freiwilligen kulturellen und sozialen Engagement andererseits: Das Programm der zehn Gebote, das seit dem ursprünglichen Exodus zu den grossen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen der Menschheit gehört.

Der Exodus hat nicht nur eine kulturhistorische Dimension, sondern auch eine anthropologische. Der Mensch lebt ursprünglich im Zustand naturbedingter Knechtschaft und bleibt darin auch räumlich gefesselt. Als Nomade begibt er sich auf die Wanderschaft, indem er sein Schicksal gemeinsam aktiv mitzubestimmen beginnt. Schliesslich erlangt er eine neue Sesshaftigkeit in der nachhaltigen Kultivierung der Natur.

Das «Schöpfungs-Modell»

Stichwort: «Genesis»

Nachdem in der Weltgeschichte fünf mögliche Wege des Übergangs von einer bisherigen in eine neue Ordnung und fünf Brücken der Überwindung des zwischenzeitlichen Chaos erkundet worden sind, soll abschliessend die Grenze zwischen Geschichte und Mythos definitiv überschritten werden.

Jede Revolution hat auch restaurative Tendenzen, und darum verdient das Schöpferische und Spontane besondere Beachtung.

Beim Exodus aus dem real existierenden Sozialismus geht es um einen Aufbruch zu neuen Ufern und damit um mehr als eine Rückkehr ins Bürgertum des 19. Jahrhunderts. Es ist zu hoffen, dass vor allem in Westeuropa

das Schöpferische und welthistorisch Neue an diesem Prozess erkannt und richtig gewürdigt wird. Nur dann wird der Erfahrungsschatz der Geschichte um ein global wertvolles und auch wegweisendes Experiment bereichert.

Ein besonders eindrückliches Modell für schöpferische Prozesse schlechthin ist die Erschaffung der Welt nach dem ersten Kapitel des Alten Testaments. Dieser Text spricht eigentlich für sich selbst, und es sollen hier lediglich noch ein paar wenige Andeutungen dazu vermerkt werden.

Am ersten Schöpfungstag wird der Himmel (das Geistige, Ideelle) und die Erde (das Materielle) geschaffen, und das Licht der Wahrheit bricht hervor. Als Zweites erscheint der Wasserkreislauf zwischen den «oberen und unteren Wassern» als Sinnbild der Kommunikation und des Kommunizierens. Als Drittes taucht das Festland auf, als Ort heimatlicher Verwurzelung, als «Boden unter den Füßen». Am vierten Schöpfungstag werden die Himmelskörper geschaffen, welche als zeitlich-örtliche Orientierungspunkte Kultur und Tradition sowie Geschichtsbewusstsein ermöglichen. Am fünften Tag erscheinen Fische und Vögel, die seelische Tiefen und geistige Höhen beleben und als Letztes und Sechstes wird der Mensch gemeinsam mit den Tieren des Landes und in Verbindung mit natürlicher Umwelt, Mitwelt und Nachwelt erschaffen.

Der siebte Tag gehört der schöpferischen Musse, jener Freiheit, die gleichzeitig Anfang und Voraussetzung aller weiteren schöpferischen Prozesse ist.

¹ Franz Oppenheimer, *Der Staat*, Frankfurt/M., 1919. — ² Max Weber, *Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus*, in: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Bd. I, Tübingen 1920. — ³ Herbert Lüthy, *Tugend und Men-*

schenrechte, Zürich 1989. — ⁴ Fernand Braudel, *Civilisation matérielle, économie et capitalisme*, tome 1–3, Paris 1979. — ⁵ Michael Walzer, *Exodus and Revolution*, New York 1984. — ⁶ Joseph Conrad, *Über mich selbst*, Vorrede, 1919.

«Man muss sich gegenwärtig halten, was Unabhängigkeit und was Freiheit ist. Freiheit ist das Recht, alles zu tun, was die Gesetze erlauben. Wenn ein Bürger tun könnte, was die Gesetze verbieten, so hätte er keine Freiheit mehr, weil die anderen ebenfalls diese Macht hätten.»

Montesquieu, *Vom Geist der Gesetze* (1748), in: Jeanne Hersch, *Das Recht ein Mensch zu sein*, Basel, 1990.